



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Notizen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

An ihm liegt mir garnichts, antwortete Laurette. Es handelt sich nur um seinen Hund, es ist der schönste, den ich in meinem Leben gesehen habe.

Darauf stellte sie sich vor den Gatten, schwenkte elegant die Reitpeitsche, und fügte hinzu: Wenn du noch ebenso liebenswürdig bist, wie du bisher immer warst, so mußt du mir dieses Tier verschaffen. Es mag sein, daß dieser Amardi viel von ihm hält, aber wenn man es beim rechten Ende anzufangen weiß, so wird man ihn schon dahin bringen, daß er uns den Willen thut. Du weißt ja, wie diese Bürgerlichen sind. Man braucht ihnen nur ein bißchen zu schmeicheln, so kann man sie um den Finger wickeln. Ich überlasse dir alles. Als gewandter Cavalier verstehst du dich am besten darauf. Gelingt es dir, ihn herzuführen, so bringen wir ihn in zwei Tagen dahin, daß er ja sagt. Adio. Ich mache jetzt meinen Ausritt. (Fortsetzung folgt.)

Notizen.

Der preußische Staatsrat. Die Wiederbelebung des preußischen Staatsrates ist erfolgt; die Ernennungen sind den durch das Vertrauen des Kaisers berufenen Männern zugegangen. Nach dem Staatshandbuch wurden noch immer 9 Mitglieder des Staatsrates — Beamte, Geistliche, Professoren — aufgeführt, jetzt sind 71 neuernannte hinzugetreten, darunter 41 Staatsbeamte und Offiziere, 12 Gutsbesitzer, 6 Kaufleute und Industrielle, 4 Geistliche, 4 Provinzial- und Kommunalbeamte. Von den politischen Parteien finden sich mit Ausnahme der Radikalen (Sozialdemokratie, Fortschritt und Volkspartei) alle vertreten. Zu den jetzt und früher ernannten Mitgliedern kommen noch diejenigen, welche nach der grundlegenden Verordnung vom 20. März 1817 kraft ihrer Geburt oder ihres Amtes berufen sind. Zu der ersten Kategorie gehören die über achtzehnjährigen Prinzen des königlichen Hauses, zur zweiten der Reichskanzler, die Feldmarschälle, die die Verwaltung leitenden wirklichen Staatsminister, der Chef der Oberrechnungskammer, der Geheime Rabinetsrat, der Chef des Militärkabinetts, die kommandirenden Generale und Oberpräsidenten, letztere beiden, sofern sie besonders berufen werden.

Wie man sieht, ist der Staatsrat aus einer stattlichen Anzahl von Männern zusammengesetzt, die ihrer Stellung und Erfahrung nach die geistige Elite der Bevölkerung bilden.

Es ist bereits im vorigen Jahre in diesen Blättern auf die Bedeutung des reaktivierten Staatsrates aufmerksam gemacht worden, zu einer Zeit, als der Gedanke erst wieder zu keimen begann. Damals war eine Übersicht der geschichtlichen Entwicklung dieses Institutes in Preußen gegeben und zum Vergleich eine Skizze ähnlicher Einrichtungen in den deutschen Bundesstaaten und im Auslande herangezogen worden. Einen gleichen Zweck wie der damalige Aufsatz der Grenzboten verfolgt eine kleine Schrift, welche in diesen Tagen unter einem Pseudonym erschienen ist.*) Sie hat ihren besonderen Wert in der Beifügung der hauptsächlichsten aus dem Staatsarchiv geschöpften Urkunden über den Staatsrat; sie giebt im Anschluß an dieselben ein vollkommenes Bild seiner Entwicklung in Preußen.

Man wird in mancher Beziehung von dem Verfasser abweichen müssen; z. B., wenn er die Entstehung des Staatsrates auf die Geheimeratsordnung von 1604 zurückführt. Dieser Geheimerat, war nichts andres als die Schaffung eines Mi-

*) Der preußische Staatsrat und seine Reaktivierung. Unter Benutzung archivalischer Quellen. Von F. Sailer. Mit 18 Anlagen. Berlin, W. Deubner, 1884. 142 S.

nisteriums, der Gedanke zu dem jetzigen Staatsrat ging vielmehr von dem Freiherrn von Stein aus, der nur in Folge seines Rücktrittes von den Staatsgeschäften an der Durchführung jener Idee gehindert wurde. Erst nach dem Befreiungskriege ist Friedrich Wilhelm III. mit Hardenberg in der oben erwähnten Verordnung von 1817 auf die Stein'sche Anregung zurückgekommen und hat sie verwirklicht. Auch was Sailer von dem französischen und englischen Staatsrat mittheilt, ist nicht frei von Irrthümern. Im übrigen aber ist seine Auffassung von der Aufgabe und der Wirkung der neuen Institution eine durchaus zutreffende, und da in den Tagesblättern je nach dem politischen Parteistandpunkte schon so viel über den Staatsrat gefabelt und gesunkert worden ist, so ist es recht dankenswert, daß der Verfasser dem Publikum, welches nicht blindlings auf die Worte seiner Morgenkaffeezeitung schwört, ein treues und klares Bild giebt.

Gegenwärtig kann es unserm Erachtens auf die geschichtliche Entstehung und Entwicklung garnicht ankommen; selbst die Verordnung von 1817 ist nur die Form, welche durch die Neuüberufungen einen neuen Inhalt bekommen hat. Wir haben im vergangenen Jahre ausgeführt, daß eine Reaktivirung in dem Sinne, daß der Staatsrat lediglich aus Elementen der Bürokratie bestehen solle, sicherlich nicht von dem Fürsten Bismarck beabsichtigt sein könnte. Wir freuen uns und begrüßen es mit Genugthuung, daß unsre Voraussicht sich bewahrheitet hat. Soweit das eigentliche Beamtentum berufen ist, sind es die Inhaber der höchsten und hohen Stellen, also Männer, welche die genügende Erfahrung und die nötige Unabhängigkeit haben müssen, um einen Ministerialentwurf sachgemäß zu prüfen. Mit ihnen verbünden sich Männer, welche diesem berufsmäßigen Beamtentum nicht angehören, sei es daß sie als hohe Geistliche und Univeritätslehrer oder als Vorstände großer Selbstverwaltungskörper wirken, sei es daß sie als Gutsbesitzer, Kaufleute oder Industrielle mitten im praktischen Leben stehen und deshalb von vornherein zu beurtheilen vermögen, welchen Einfluß eine neue Maßregel auf die meistbetheiligten Kreise auszuüben vermag. Durch diese Vermischung der Elemente ist der neue Staatsrat durchaus den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßt worden; er ist gleichzeitig Staats- und Volkswirtschaftsrat und verwirklicht gerade dadurch dasjenige, was wir in unserm Aufsätze vom vergangenen Jahre von der neuen Einrichtung wünschten.

Es ist zweifellos, daß für ein neues Gesetz oder eine neue Verordnung der erste Entwurf das entscheidende Merkmal giebt. Ausschließlich fast wird derselbe in einem einzigen Ministerium aufgestellt und trägt alsdann auch vom Anfange an das Gepräge dieser seiner Entstehung. Wird derselbe auch in den andern Ministerien beraten, immer sind es nur einseitige Ressortstandpunkte, welche geltend gemacht werden. Auch das Parlament ist bei großen technischen Gesetzen bei allem guten Willen und bei noch so sorgfältiger Beratung in den Kommissionen nicht imstande, an dem System und den Grundgedanken des Gesetzes etwas zu ändern, denn kein Abgeordneter würde bei der Schnelligkeit der parlamentarischen Beratungen und bei den unzureichenden Mitteln, die dem Einzelnen zu Gebote stehen, in der Lage sein, an Stelle des vorgeschlagenen Systems ein andres mit allen Durchführungen im Detail zu setzen. Tritt ein solcher Widerspruch mit den Prinzipien ein, so muß das Parlament das Gesetz verwerfen, selbst wenn es die Regelung der Materie für wünschenswert und dringlich erachtet.

Eine Beratung im Staatsrate giebt die Garantie, daß der Entwurf seinem einseitigen Standpunkte entrückt wird. Dem Staatsrat ist es möglich, die Gesamtheit der Gesetzgebung zu übersehen und die praktischen Erfahrungen des täglichen wirt-

schaftlichen Lebens mit den Erfordernissen einer geregelten Verwaltung in Einklang zu bringen und beides zu verwerten. Die Gesetze, welche von dem früheren preussischen Staatsrat begutachtet und beraten wurden, gehören noch jetzt zu den mustergiltigen.

Es ist noch nicht bekannt, ob gleichzeitig eine neue Verordnung für den Staatsrat ausgearbeitet ist, und ebensowenig, ob etwa wegen notwendig werdender Geldmittel — das Amt selbst ist nicht besoldet, die Einrichtung macht aber vielleicht organisatorische Kosten nötig — die Frage an die Volksvertretung gelangen wird. Wir haben schon in dem Aufsatze des vergangenen Jahres ausgeführt, daß das Parlament durch einen Staatsrat — richtig aufgefaßt — in keiner Weise beeinträchtigt wird. Staatsrat und Parlament sind Berater des Monarchen, der Staatsrat, ehe ein Gesetzentwurf aufgestellt, das Parlament, nachdem der Entwurf vollendet worden ist. Von einem Streit über die Kompetenz kann daher in keiner Weise die Rede sein. Vielmehr werden, je sorgfältiger der Staatsrat unter Berücksichtigung aller maßgebenden Gesichtspunkte einen Entwurf ausgearbeitet hat, die Arbeiten des Parlaments umso mehr gefördert werden.

Es ist sehr interessant, die Auffassungen kennen zu lernen, welche gerade in einem konstitutionellen Staate vom Staatsrate gehegt werden, und es ist deshalb dankbar anzuerkennen, daß wir denselben bei Sailer begegnen. Es finden sich bei ihm Verteidiger des Staatsrats, welche von den fortgeschrittensten Parteien als Helden und Gesinnungsgenossen für sich in Anspruch genommen zu werden pflegen, und es läßt sich kaum annehmen, daß Eugen Richter und die Anhänger des Berliner Tageblattes Männer wie Schön und Stein verleugnen oder Institutionen diskreditieren werden, unter denen anerkanntermaßen England seine glücklichste und ruhmreichste Zeit gehabt hat.

Die Dampfersubventionsvorlage. Dem preussischen Ministerpräsidenten von Bismarck-Schönhausen rief einst der verstorbene Abgeordnete Schulze-Delitzsch unter dem rauschenden Beifall seiner fortschrittlichen Parteifreunde zu, daß man Preußen den Großmachtstizel austreiben müsse. Dies geschah zu einer Zeit, wo der jetzige Kanzler bereits die ersten Keime zu der heutigen deutschen Einheit — gegen den Willen des Fortschritts — pflanzte. Schulze-Delitzsch und der Fortschritt hätten gewiß später oft genug gewünscht, daß jenes häßliche Wort nicht gesprochen worden wäre, und die liberalen Parteiorgane haben es soviel als möglich mit Stillschweigen zu übergehen gesucht. Jenes Wort fiel uns wieder ein, als in der Sitzung vom 14. Juni der Abgeordnete Bamberger zu der Vorlage über die Verwendung von Geldmitteln aus Reichsfonds behufs Einrichtung und Erhaltung von Postdampfschiffahrtsverbindungen mit überseeischen Ländern sprach. Der ganze Inhalt seiner Rede ließ sich in die Worte zusammenfassen: „Wir wollen Deutschland den Kizel austreiben, in eine Konkurrenz mit England und den andern schiffahrttreibenden Nationen zu treten, wir wollen Deutschland den Kizel austreiben, eine seefahrende Nation zu sein.“ Wir sind überzeugt, daß diese Bambergersche Rede, sekundirt von dem Beifall der deutsch-freisinnig-fortschrittlichen Partei und unterstützt von dem größern Baß des Abgeordneten Richter, dem Liberalismus nicht minder zum Vorwurfe gereichen wird wie jenes Diktum Schulzes; wir sind überzeugt, daß auch einmal eine Zeit kommen wird, wo jene Partei dieses Wort und die dem Redner geleistete Heerfolge zu bereuen hat.

Seit dem Aufschwunge, den Handel und Industrie unstrittig mit der neuen Zollpolitik genommen haben, macht sich in den Kreisen des Handels überall das

Bestreben geltend, dem deutschen Export neue Wege zu öffnen. Ein großer Verein für Handelsgeographie hat sich zu diesem Zwecke in Berlin gebildet, auf ähnliche Bestrebungen gerichtete Kolonisationsvereine sind an vielen Orten ins Leben getreten, der Wunsch nach Kolonien ist in den letzten Monaten fast lebhafter im Volke selbst als in der Regierung zu tage getreten, der Erwerb von Angra Pequenna durch einen mutigen deutschen Handelsherrn ist von der Gunst der ganzen heimischen Bevölkerung begleitet worden. Wie viele deutsche Forscher haben ihr Leben und ihre Gesundheit — vom Gelde garnicht zu reden — für die Entdeckung des innern Afrikas geopfert, wie vergeblich haben sie bisher darauf hingewiesen, daß sich der Handel anderer Nationen jene deutschen Entdeckungen nutzbar mache. Allen diesen Wünschen und Klagen gegenüber ist die Regierung nicht taub geblieben. Mit der Samoavorlage ist sie zum erstenmale vor den deutschen Reichstag getreten und hat von diesem die Mittel zum ersten Schritt eines Kolonialerwerbes gefordert. Damals haben Herr Bamberger und seine Freunde den Bestrebungen des Reichskanzlers den gleichen Widerstand entgegengesetzt, und schon jetzt müssen sich die Gegner zu dem Geständnis des Fehltrittes bekennen. Nichtsdestoweniger beharren sie auch der Subventionsvorlage gegenüber in derselben Negation.

Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß eine schnellere Verkehrsverbindung ohne weiteres dem Handel zu statten kommt. Dieser Satz, dessen klassische Begründung sich u. a. in dem berühmten „Folirten Staat“ von Thiinen findet, wird von niemandem bestritten. Auch die Oppositionsredner haben es nicht vermocht, an der Richtigkeit dieses Fundamentalsatzes zu rütteln, und deshalb ist es geradezu lächerlich, wenn sie über eine mangelnde Begründung der Vorlage klagten. Sie verlangten statistische Angaben über den Umfang des Verkehrs mit Ostasien und Polynesien und erachteten das Bedürfnis einerseits durch die ausländischen Schiffe für gedeckt, andererseits deshalb nicht für erbracht, weil im Falle eines solchen Bedürfnisses schon die deutsche Rhederei selbst sich zu neuen Linien aus eignen Mitteln verstehen würde.

Diese Gründe sind höchst fadenscheinig. Zunächst steht fest, daß Ostasien und Polynesien eine reiche Quelle des Absatzes für den deutschen Markt bilden. Das ergeben nicht nur die Konsularberichte, sondern auch die Erfahrungen aller Reisenden und Forscher jener Gebiete. Erst vor wenigen Tagen wurde in der Berliner Geographischen Gesellschaft ein lehrreicher Vortrag über die Handelsbeziehungen Hinterindiens gehalten, aus dem hervorging, wie vorteilhaft der deutsche Handel und die deutsche Industrie auf diesem großen Länderstriche auftreten könnte. In vielen Fällen vermag auch der Handelsverkehr einen solchen Aufschwung zu nehmen, daß er sich selbst alle Kommunikationen schafft, es fragt sich nur, ob man solange warten darf. Dieses Warten wäre gefahrlos, wenn uns nur nicht hier die große Konkurrenz Frankreichs und Englands begegnete, deren reichen Mitteln gegenüber der deutsche Kaufmann nicht stark genug ist. Die Benutzung fremder Schiffe bringt ihn in Abhängigkeit von dem ausländischen Handel, der zunächst und mit Recht den eignen Interessen dient. Eine deutsche Gesellschaft, welche eine direkte Verbindung herstellen wollte, würde wahrscheinlich jahrelang mit Schaden arbeiten, und aus diesem Grunde finden sich eben keine Rheder, die zu solchem Opfer bereit wären.

Alles das sind so einfache Wahrheiten, daß man sie wahrlich nicht zu begründen braucht. Wenn also je im allgemeinen Interesse eine Subvention am Platze ist, so ist es hier. Denn es handelt sich nicht um eine Begünstigung einzelner Gewerbe, es handelt sich darum, dem Handel neue Wege zu öffnen, und auch das

wird wohl der Abgeordnete Bamberger nicht bestreiten, daß ein Aufschwung des Handels dem Ganzen zu gute kommt.

Es kommen überhaupt jährlich nur vier Millionen in Frage — eine Summe, die gegenüber einem Etat von 591 Millionen beinahe verschwindet. Die Opposition griff demgemäß zu dem radikalen Mittel, um den Philistern in und außer dem Hause bange zu machen, daß sie die Summe mit der Zahl der Jahre, für welche sie gefordert wurde, multiplizierte und so zu der schreckhaften Summe von 45 oder 60 Millionen gelangte. Mit schlagender Ironie hat der Reichskanzler dieses Argument widerlegt, mit Entrüstung das weitere zurückgewiesen, „daß mit 60 Millionen das Vergnügen, die deutsche Flagge in Ostasien spazieren zu führen, zu teuer bezahlt sei.“ Fürwahr, es ist ein Jammer, daß noch solche Argumente widerlegt werden müssen.

Aber diese wirtschaftlichen Anschauungen fallen, was der Reichskanzler treffend hervorhob, mit den Fraktionsgrenzen zusammen; in dieser Bemerkung liegt die Lösung für das rätselhafte Verhalten der Reichstagsmehrheit. Denn als vor zwei Monaten die Vorlage bekannt wurde, fand sie selbst in Blättern, welche sonst dem Satze hulldigen: „Ich kenne zwar die Motive der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie,“ lebhaften Beifall. Die nächstbeteiligten Kreise des Exports nahmen mit Dank diese hilfreiche Hand der Regierung an. Dieser Anschauung gab auch ein wirklicher Sachverständiger, der Abgeordnete Meier aus Bremen, Ausdruck, und seine Stimme hätte bei der Stellung Bremens doch mindestens denselben Anklang verdient wie die Bambergers, der seine Seererfahrungen doch gewiß nicht in Mainz hat erwerben können. In der Zwischenzeit bemächtigten sich aber die Fraktionen der Frage, und da konnten für die Deutsch-Freisinnigen nur zwei Erwägungen Platz greifen. Einmal, daß eine Behebung des Exports wieder ein neuer Beweis für die Wichtigkeit der Schutzollpolitik der verbündeten Regierungen sein würde und daß demgemäß jeder Aufschwung schon im Keime erstickt werden müsse; sodann aber zu zeigen, daß die ganze Vorlage nur bestimmt sei, die landwirtschaftlichen Zölle zu erhöhen, weil — so schließt man — durch den Export auch der Import vermehrt werden würde.

Damit war die ganze Frage entschieden. Roma — d. h. hier ausnahmsweise die fortschrittlich-freisinnigen Dioskuren Bamberger-Richter — locuta est, und der ganze Troß folgte nach. Das Zentrum, welches ein Entgegenkommen von den eignen Fraktionsinteressen abhängig macht, fand solche in der vorliegenden Angelegenheit nicht vor, und deshalb ließ sie derselben auch keine Unterstützung zu teil werden. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen, und das bedeutet bei der gegenwärtigen Geschäftslage ein ehrenvolles Begräbnis.

Ob der deutsche Wähler nach solchen Vorgängen endlich aus seinem Traume erwachen wird? Das liegt im Schoße der Götter.

Von dem Schinkelschen Schauspielhause. Das Pfingstfest brachte denjenigen Berlinern und zugereisten Fremden, welche Interesse und Verständnis für die Veränderung der architektonischen Physiognomie der Residenz besitzen, die Freude, einen nennenswerten Teil des Schinkelschen Schauspielhauses in seiner neuen Gewandung erstrahlen zu sehen. Der schon im Laufe des Winters geschehenen Abrüstung der Ecke am Schillerplatz ist nunmehr auch die Freilegung der breiten Front an der Taubenstraße und des angrenzenden Teils an der Charlottenstraße gefolgt, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das allgemeine Urteil über diese eigenartige Leistung nur dahin gehen kann, daß alle Befürchtungen hinfällig

geworden, alle Hoffnungen weit übertroffen worden sind. Wenn irgend ein Bauwerk den Beweis zu erbringen imstande ist, daß man den Vorzug des „echten“ Materials, d. h. des gewachsenen Steins, nicht lediglich in seiner Haltbarkeit zu suchen hat, so ist es dieser genialste Bau Schinkels. Gerade die Ästhetiker können erst jetzt die ganze Größe des Opfers ermessen, welches damals der Meister gebracht hat, als er auf das Material, das einzig und allein dem Werke seiner Phantasie angemessen war, verzichten mußte. Es ist geradezu, als sei neues Leben über diese edle Schöpfung ausgegossen — so herrlich wirkt der Sandstein in seiner verschiedenartigen Tönung auf den Beschauer.

Dabei verdient es besondere Anerkennung, daß die Bauleitung es verstanden und weder Mühe noch Kosten gescheut hat, diejenigen Architekturglieder, welche schon in Sandstein ausgeführt waren, dem neuen Material anzupassen, das — beiläufig gesagt — keineswegs zu hellfarbig ist. Die Befürchtungen also, welche in einer frühern Notiz dieser Blätter ausgesprochen waren, man möchte am Ende den neuen Sandstein wegen der Konformität mit den alten Teilen auch mit Ölfarbe streichen, haben sich glücklicherweise als unbegründet herausgestellt.

Freilich ist die Hauptfrage, um welche es sich in jener Notiz handelte, die Forderung, auch die bildwerkgeschmückten Giebelfelder in Sandstein auszuführen, leider nicht in dem gewünschten Sinne erledigt worden, und der Eindruck der Giebelfelder beeinträchtigt für jeden, der gewohnt ist, vor allem das Ganze eines Bauwerks in sich aufzunehmen, jene hochehrfrenliche Wirkung der untern Partien recht erheblich. Zwar hat man ein Übel des Ölfarbenastrichs zu vermeiden gewußt, indes doch nur unter Einführung einer andern Unschönheit. Dadurch nämlich, daß man den noch frischen Anstrich mit Sand gewissermaßen puderte, ist freilich der für das Auge so beleidigende Glanz desselben verdeckt worden, aber statt dessen sind andre „Lichter“ in die Gruppierung hineingebracht worden, die keineswegs natürlich wirken. Selbstverständlich ist auf allen den plastischen Teilen, welche sich der Horizontalfläche nähern, ein größeres Quantum von Sand oder Staub haften geblieben, als an den Unteransichten derselben und den mehr vertikalen Flächen. Diese dickere Staubschicht markiert sich in der Farbenwirkung in keineswegs günstiger Weise für den Beschauer, sie giebt dem ganzen Tympanon ein unfertiges, ja man möchte fast sagen ein unsauberes Ansehen. Dazu kommt noch, daß die offenbar von dem Malkünstler angestrebte Imitation des natürlichen Sandsteins als wenig gelungen bezeichnet werden muß. Der gute Mann hat geglaubt, mit zwei oder drei Farbentöpfen fertig werden zu können — von den unzähligen Nuancen eines einzigen Steines, von dem zarten Zueinanderfließen verschiedener Tönungen hat er nichts gewußt! Nicht einmal den allgemeinen Grundton der Fassade hat er getroffen; insbesondere an dem Giebelfelde des höhern Mittelbaues über der Vorhalle ist er ins Graugrüne, geradezu „Modofarbene“ geraten, was man doch einem Schinkel nicht hätte anthun sollen!

Dabei wollen wir besonders erwähnen, daß dies Puderverfahren an sich für gewisse Teile des Hauses, z. B. für die Figuren über dem Dach und die ionischen Kapitelle der Vorhalle, ganz das Richtige sein dürfte, weil ein Abmeißeln der alten Farb- und Schmutzschicht, wie es die Säulenschäfte erfahren haben, hier geradezu unmöglich erscheint. Nur wünschten wir eine sorgfältigere Ausführung sowohl hinsichtlich der Tönung wie der Aderung, mit einem Worte: Mehr Technik!

Wie übrigens diese Behandlung die Probe auf Wetterbeständigkeit bestehen wird, unter welche auch der Veränderungsmodus in der Farbe zu rechnen ist, bleibt abzuwarten. Vielleicht, daß man nach wenig Jahren an diesem klassischen

Monumentalbau der Residenz wieder den Malerpinsel schwingen sieht, und zwar auch an solchen Stellen, wo man dieser Eventualität hätte vorbeugen können.

Die bekanntlich von Tieck entworfene „Befreiung der Eurhodie“ in dem Tympanon an der Taubenstraße hätte verdient, in Sandstein verewigt zu werden, schon um ihrer ästhetischen Bedeutung willen, welche hinsichtlich der Gruppierung unserß Grachtens sogar die über der Vorhalle verwendete und glücklicherweise gleich von Schinkel in Sandstein ausgeführte Niobidengruppe übertrifft. In der Bewegung des Orpheus mit seinem Gefolge gegen den Herrscher der Unterwelt und die mancherlei Bewohner seines Schattenreiches spricht sich ein durch die architektonische Umrahmung geeinigter, d. h. gelbster Dualismus sehr prägnant aus, und zugleich kommt das von Lessing geforderte „Transitorische“ in dem gewählten Moment äußerst glücklich zur Geltung. Dabei zeigt die Behandlung der einzelnen Figuren eine edle Formgebung, und sie ist namentlich mustergittig in betreff ihrer Wirkung auf den Beschauer, welche an Klarheit und Deutlichkeit auch bei entfernterem Standpunkte nichts zu wünschen übrig läßt.

Wenn übrigens die vier mittlern Kandelaber an dieser Front ihre Verwendung vor diesem Schinkelschen Bauwerk der gegenwärtigen Bauleitung verdanken, so war das kein glücklicher Griff. Stilwidriger konnte wohl nicht leicht verfahren werden. Es fehlt eigentlich nur noch auf all den von Schinkel so geliebten (!) Buckeln und Knäufen eine Inschrift, womöglich in Schwabacher Lettern: „Den Manen Schinkels die Bauberwaltung!“ Auch die den alten Barrierenpfosten in der Unterfahrt aufgespropten Kandelaberstücke sind erstaunlich häßlich. Während man sonst in Baukreisen häufig über zu viel Revision in höhern Instanzen klagt, scheint hier zu wenig davon vorhanden gewesen zu sein.



Literatur.

Erlebtes und Erstrebtes. 1809—1859. Von Dr. Georg Beseler. Mit Anlagen. Berlin, W. Herz, 1884.

Ein dankenswerter Beitrag zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Bewegung, zum Verständnis des deutschen Professorentums nach seiner Licht- und seiner Schattenseite und zur Beurteilung der Absichten und Leistungen der Partei, die in der Paulskirche eine Zeit lang die leitende Rolle spielte. Der Verfasser schöpft hier fast durchweg aus eigener Erfahrung, er hat eine einflußreiche Stellung innegehabt und ist auf wissenschaftlichem wie auf politischem Gebiet vielfach mit interessanten und bedeutenden Persönlichkeiten im Verkehr gewesen. Wenn sein Urteil nicht ohne Parteiliebe ist, so ist es doch immer die maßvolle Äußerung eines hochgebildeten Mannes, der in seiner Weise das Gute wollte. Sehr richtig führt er u. a. den Militärkonflikt, d. h. den Konflikt, der unter den Ministern der neuen Ära in Preußen über die vom Könige beabsichtigte Umgestaltung und Vermehrung des Heeres entstand, auf „die unbegreifliche Verblendung Georgs von Vincke“ zurück. Nicht ganz können wir seine Charakteristik Manteuffels unterschreiben. Er sagt hier, indem er vom Jahre 1849 spricht: „Die leitende Stellung im Mi-